

REGION

„Die Bahn ist rücksichtslos“

27.06.2009, VON BARBARA GOSSON —

[F Empfehlen](#)[Tweet](#)

Kreistag formulierte seine Stellungnahme zur ICE-Trasse zwischen Wendlingen und Dettingen unter Teck

Der ICE-Trasse Stuttgart-Augsburg geht vermutlich die größte Baustelle voran, die der Landkreis Esslingen je gesehen hat. Um dafür zu sorgen, dass Bauherr Bahn genügend Rücksicht auf die Umgebung nimmt, formulierte der Kreis eine sehr detaillierte Stellungnahme, da man in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit der Bahn gemacht hat.



So wie auf dieser Fotomontage könnte es einmal aussehen, wenn der ICE parallel zur Autobahn bei Wendlingen den Landkreis durchquert. Montage: DB

ESSLINGEN. Schon die einzelnen betroffenen Kommunen hatten Stellungnahmen zu dem Großbauvorhaben, für das mit sechs Jahren Bauzeit gerechnet wird, abgegeben. Der Landkreis unterstützt die Kreisgemeinden in ihren Bemühungen, den Lärm zu mindern. Problem sind dabei vor allem die Güterzüge, die über die so genannte Kleine Wendlinger Kurve auf die alte Neckartaltrasse Plochingen–Wendlingen eingeschleift werden. Durch die erhöhte Zahl der Güterzüge werde sich vermutlich der Lärm um bis zu vier Dezibel in der Nacht erhöhen. Damit gebe es, vor allem in Plochingen, mehr Bereiche als bisher, in denen der Lärm so stark wird, dass Eigentums- und Gesundheitsbeeinträchtigungen entstünden.

Doch die Bahn sieht sich nicht in der Pflicht, etwas für den Lärmschutz zu tun, da es sich hierbei um eine alte Strecke handelt. Bestreben der Kommunen und des Kreises ist es daher, die bestehende Strecke in das Planfeststellungsverfahren mit einzubeziehen. Der Planfeststellungsabschnitt 2.1 a/b, zu dem die Stellungnahme abgegeben wurde, umfasst nicht nur die Neubaustrecke, sondern auch die Kleine Wendlinger Kurve und die Verlegung der Landesstraße 1250 zwischen Wendlingen und Oberboihingen.

Da es eine Frist gab, wurde die Stellungnahme, die sich in einen kommunalen und einen staatlichen Teil gliedert und insgesamt 42 Seiten umfasst, dem Ausschuss für Technik und Umwelt lediglich zur Kenntnis vorgelegt.

Generell begrüßen alle Fraktionen die Neubaustrecke, doch es herrschen verschiedene Befürchtungen bezüglich der Umsetzung. Kreisrat Alfred Bachofer (Freie Wähler) bemängelte, dass der Lärm getrennt und nicht in seiner Summe betrachtet wurde. Erst die Kommunen und der Kreis haben darauf aufmerksam gemacht. „Wir haben ohnehin schon genug Belastungen und können den Lärm nicht ohne Weiteres hinnehmen.“

Marianne Gmelin (SPD) bemängelte, dass die Planfeststellungsunterlagen nicht auf dem aktuellen Stand seien und auf verschiedene Details gar nicht eingegangen werde. Die künftig zu erwartende Lärmbelastung durch die Güterzüge stelle faktisch eine Enteignung der Bahnanlieger dar, da ihre Grundstücke an Wert verlieren.

Kritik übte die Rätin auch an den Ausgleichsmaßnahmen: es könne nicht angehen, dass Ackerland in extensives Grünland umgewandelt wird. Die Nachhaltigkeit von neuen Streuobstpflanzungen zweifelte sie auch an: Wer solle sie pflegen, wenn gerade die alten Bestände an mangelnder Pflege eingehen?

Keine Ökopunkte für die Pflege von Streuobstwiesen

Der Stellvertreter des Landrats, Matthias Berg, gab zur Antwort, dass das eine Frage der Gesetzgebung sei. Weder im Landes- noch im Bundesnaturschutzgesetz seien Ökopunkte für Ausgleichsmaßnahmen für Pflege und Instandhaltung von Biotopen vorgesehen.

Die Grünen in Person von Wolfgang Latendorf betonten, dass sie trotz aller Gegnerschaft zu Stuttgart 21 Befürworter der neuen Schnellbahntrasse nach Augsburg sind. Latendorf wollte wissen, ob gewährleistet sei, dass der Erdaushub nicht durch die Ortschaften abgefahren wird und ob die Feuerwehren speziell für den Einsatz am ICE ausgebildet werden – und was die Bahn anteilig daran übernimmt.

Die Feuerwehren, so Berg, werden eine Zusatzausbildung erhalten, damit sie auch im Albvorlandtunnel eingesetzt werden können. Ihre Ausrüstung sei Sache des Landes.

Bachofer ging auf die Bedenken des Abfallwirtschaftsamtes ein: die Trasse führt am Kompostwerk entlang. Das Amt fürchtet, dass die Erschütterung durch die Züge so groß sein könnte, dass die Maschinen des Werkes ausfallen und die Mauer Risse bekommt. Deshalb fordert der Kreis einen Erschütterungsschutz und mit Blick auf die Hausmeisterwohnung auch einen Lärmschutz. Bachofer befürchtete nun, wegen solcher Kleinigkeiten könnte die Stellungnahme erst gar nicht recht ernst genommen werden. Dem widersprach Berg: Die Stellungnahme sei so bösgläubig wie möglich formuliert, da man noch keine einzige gute Erfahrung mit der Bahn gemacht habe, was auch Landrat Heinz Eininger bestätigte. Immer habe man prozessieren müssen, um etwas zu erreichen. Deshalb enthalte die Stellungnahme bereits Munition für ein eventuelles Verfahren, um im Zweifelsfall noch während der Bauphase einschreiten zu können. „Die Bahn ist rücksichtslos“, stellte Berg fest.

In der Stellungnahme wird auch auf Grundstücke eingegangen, die naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen für das Kompostwerk sind und nach dem Bau wieder in ihren Ursprungszustand zurückversetzt werden sollen. Außerdem weist der Kreis darauf hin, dass die Deponien „Blumentobel“ und „Weißer Stein“ nicht dazu geeignet seien, die Erdmassen, die beim Aushub anfallen, aufzunehmen.

Geprüft wurden auch die Auswirkungen der Trasse auf die Umwelt, wozu die entsprechenden Behörden des Landratsamtes ausführlich Stellung bezogen. Unter anderem wird ein erheblicher Eingriff in die Belange der Wasserwirtschaft, also in das Grundwasser, befürchtet. Außerdem sei der Eingriff in die hochwertigen Böden kaum zu kompensieren, weshalb der Kreis auf penible Einhaltung der entsprechenden Vorschriften pocht. Die Untere Wasserbehörde hält auch die von der Bahn genannten Ausgleichsmaßnahmen nicht für ausreichend und schlägt deshalb vor, einiges, was im Zuge der Wasserrahmenrichtlinie sowieso gemacht werden soll, als

Ausgleich umzusetzen. Die als Ausgleich neu angelegten Streuobstwiesen seien hingegen nicht nachhaltig, da eine Pflege nicht gewährleistet sei.

Sorgen um die Wendlinger Trinkwasserfassung

Speziell für Wendlingen wird gefordert, dass die Wasserfassung der Stadt nicht gefährdet werden darf. Das Wendlinger Wasser bestehe je zur Hälfte aus eigenem und fremdem Wasser, ein Mischverhältnis, das beibehalten werden soll, da sich sonst Ablagerungen lösen könnten. Während der Bauzeit solle deshalb das Wasser aufbereitet werden, damit der Betrieb von wenigstens zwei der drei Wasserfassungen gesichert werden kann. Dabei soll es ein Beweissicherungsverfahren geben, da das Wasserwirtschaftsamt befürchtet, der Tiefbrunnen „Kieswiesen“ könne unwiederbringlich geschädigt werden.

Gegen den Damm am Neckar bestehen erhebliche Bedenken, da befürchtet wird, dass beim Bau die grundwasserführenden Schichten gestört werden könnten. Das Amt regt an, die Schnellbahn zwischen Neckar und der Überführung der Straße nach Oberboihingen auf einer durchgehenden Talbrücke zu führen, damit das engere Gebiet der Wasserfassung nicht berührt wird.

Sorgen um das Grundwasser bestehen auch in Bezug auf den Albvorlandtunnel. Deshalb fordert das Amt die Benennung eines Fachbauleiters Wasser, der als ständiger Ansprechpartner für die Wasserbehörden zur Verfügung steht.

Zwischen Wendlingen und Oberboihingen soll Bodenaushub auf guten Ackerflächen gelagert werden. Diesen Plänen der Bahn widerspricht das Landratsamt und regt stattdessen an, den Aushub entweder zur Renaturierung zu verwenden oder ihn auf weniger guten Böden abzulagern.

„Es ist noch gar nicht absehbar, was da auf die Gemeinden zukommt. So eine riesige Baustelle gab es im Kreis noch nie“, seufzte Sieghart Friz (CDU), bevor die Kreisträte die Stellungnahme zur Kenntnis nahmen.